

Ein Mittler zwischen östlicher und westlicher Medizin

Der Heidelberger Arzt Prof. Dr. Henry Johannes Greten ist am 26. Oktober bei „Baden im Gespräch“

Rastatt (ml) – Chinesische Medizin contra westliche Schulmedizin? Was für manche fast eine Glaubensfrage ist, hält der Heidelberger Mediziner Prof. Dr. Henry Johannes Greten nicht für einen Widerspruch. Im Gegenteil: Er plädiert für eine Kombination. Am Mittwoch, 26. Oktober, ist er zu Gast bei „Baden im Gespräch“.

Der 1962 in Bremen geborene Greten lebt seit 1962 in Baden und studierte unter anderem in Heidelberg. Dort leitete er heute das Institut für Chinesische Medizin mit mehr als 50 Mitarbeitern. Zudem ist er Professor für Chinesische Medizin als angewandte Neurophysiologie an der Universität Porto und unterrichtete auch an verschiedenen chinesischen Universitäten, arbeitete aber auch als Mediziner an der Uniklinik in Heidelberg. Gemeinsam mit seinen Mitstreitern erarbeitete

er das Heidelberger Modell der TCM, die Erfahrungswerte der traditionellen Chinesischen Medizin nach den Maßstäben der Systembiologie in das europäische Verständnis übersetzt. Wichtigster Ansatz ist die Ganzheitlichkeit, also die Berücksichtigung der Lebensumstände und des Typus eines Menschen bei der Behandlung. Als den entscheidenden Faktor einer Behandlung sieht Greten die Diagnose.

Baden im Gespräch

Die Medizin müsse begreifen, dass eine Diagnose „nicht nur eine Zustandsbeschreibung, sondern auch eine Handlungsanweisung ist“, betont der Mediziner. Er und die Mitarbeiter seines Instituts stellen jeweils zwei Diagnosen – eine gemäß der westlichen und

eine gemäß der östlichen Medizin. Auch für sein eigenes Leben wählte Greten einen eher ganzheitlichen Ansatz. Neben seiner Begeisterung für medizinische Fragen hat er sich zum Tenor ausbilden lassen. Und das nicht nur zum eigenen Vergnügen, er tritt auch als Sänger auf.

Greten ist am Mittwoch, 26. Oktober zu Gast bei „Baden im Gespräch“. Die Veranstaltung beginnt um 19.30 Uhr in der Rastatter Reithalle, Einlass ist um 19 Uhr. Der Zutritt ist nur mit Eintrittskarte möglich. Kostenlose Tickets gibt es ab sofort (solange der Vorrat reicht) in den BT-Geschäftsstellen sowie in den Filialen der Volksbank Baden-Baden/Rastatt.

Die Talkreihe „Baden im Gespräch“ ist eine Gemeinschaftsproduktion der Partner Badisches Tagblatt, SWR Aktuell Karlsruhe und Volksbank Baden-Baden/Rastatt.



„Eine Diagnose ist nicht nur eine Zustandsbeschreibung“, Prof. Dr. Henry Johannes Greten. Foto: Langer

Petition für G 9 übergeben

Stuttgart (lsw) – Die Gymnasiallehrer lassen nicht locker: Nachdem sie mit ihrer Forderung nach Wahlfreiheit für das neunjährige Gymnasium (G9) bei Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) gescheitert sind, wenden sie sich an den Petitionsausschuss. Der Philologenverband übergab gestern in Stuttgart mehr als 14.600 Unterschriften an das Landtagsgremium. Der Verband will erreichen, dass weitere G9-Standorte genehmigt werden, wenn Schulen, Schulträger, Schüler und Eltern vor Ort das wünschen. Bislang gibt es den neunjährigen Weg zum Abitur nur in Form eines Schulversuchs an 44 Standorten. Grün-Schwarz will es bislang dabei belassen. Vor allem die Grünen wollen das achtjährige Gymnasium (G8) verbessern – statt mehr G9-Züge zu erlauben. Der Philologenverband verspricht sich von G9 bessere Studierfähigkeit und mehr persönliche Reife. Zudem sei G9 der Favorit der Eltern.

Ortsumgehung statt neuer A-5-Anschluss

Naturschützer präsentieren neue Variante für die Verkehrsanbindung des Baden-Airparks / Ziel: Diskussion anstoßen

Von Anja Groß

Rastatt – Am geplanten direkten Autobahnanschluss für den Baden-Airpark scheiden sich seit langem die Geister. Neu in die Diskussion werfen die Naturschützer jetzt die Variante einer Ortsumfahrung von Hügelsheim. Der Arbeitskreis Rastatt/Baden-Baden im Landesnaturschutzverband (LNV) will das als Anstoß zu einer neuen Diskussion mit den politischen Gremien verstanden wissen – denn der derzeit favorisierten Ostanbindung mit dem neuen Autobahnanschluss wollen sie nicht zustimmen, es drohe gar eine Klage, wie Biologe Martin Klatt gestern Abend andeutete. Die geschätzten Kosten für die Ortsumgehung: 30 bis 35 Millionen Euro.

Das sei „eine für Natur- und Landschaftsschutz verträgliche Variante“, wie es Klatt ausdrückte – und biete eine nachhaltige Verkehrsentslastung für Hügelsheim. Der Verkehr vom und zum Baden-Airport, der rund 1,1 Millionen Passagiere jährlich verzeichnet und rund 2.500 Arbeitsplätze im Airpark bietet, würde dabei über die bestehende A-5-Ausfahrt Baden-Baden und die B 500 geleitet. Um die Leistungsfähigkeit des Knotens B 500/L 75 (frühere B 36) zu erhöhen, schlagen



Ortsumfahrung Hügelsheim: So ähnlich wie rot eingezeichnet wäre die Variante denkbar.

Grafik: BT

die Ingenieure Peter Jehle und Joachim Wald dort einen Kreislauf vor. Die Umgehungsstraße würde demnach aus nördlicher Richtung vor Hügelsheim ab zweigen und zwischen Hochfeldsiedlung und Wohnpark am Hardtwald mit einem Ab-

zweig südlich von Hügelsheim wieder auf die Landesstraße führen. Dort wäre ein Kreislauf denkbar, um den Verkehr Richtung Airpark oder Söllingen zu leiten. Zwingend ist für Jehle dabei eine Trasse in Tieflage. Das bedeutet, das Stra-

ßenniveau wird so weit abgesenkt, dass auch ein großer Lkw „nicht mehr oben rauschaut“. Ein Stück ab der Kreuzung mit der Kreisstraße bei Kartung müsste dann im geschlossenen Tunnel geführt werden, danach in halboffener

Galeriebauweise, um Lärm abzuwenden. Und auch die von den Naturschützern angeprangerten Zerschneidungen des „Filetstücks“, das unter anderem Natura-2000-Schutzgebiet ist, würden vermieden. Zu den deutlich höheren

Kosten gegenüber der Ostanbindung (geschätzt auf 22 Millionen Euro) betonte Jehle, dass Verkehrslenkungsmaßnahmen für Hügelsheim ja gar nicht eingerechnet seien. Diese würden aber zwingend erforderlich, da beispielsweise der Verkehr aus Frankreich oder Rheinland-Pfalz weiterhin durch den Ort rollen würde. Schon angedacht sei im Bundesverkehrswegeplan der aus seiner Sicht erforderliche vierspurige Ausbau der B 500.

Mit der Ostanbindung Baden-Airpark würde die heutige Verkehrssituation in Hügelsheim spätestens 2030 wieder bestehen, erläuterten Jehle und Wald im Naturfreundehaus vor rund 50 Anwesenden: Fast 15.000 Fahrzeuge täglich durch den Ort. Die beiden hatten die neue Umgehungsstraße als „betroffene Anwohner“ erarbeitet, wie sie betonten.

Ganz neu ist die Variante allerdings nicht. Sie ist planerisch bereits im Flächennutzungsplan und im Regionalplan verankert. Und wäre damit eine Lösung, die durchaus realistische Umsetzungschancen hätte, wie Wald betonte. Für „sehr gut“ befand Landtagsabgeordnete Beate Böhlen (Grüne) die Variante und hoffte wie Klatt, diese mit den Entscheidungsträgern diskutieren zu können.

◆ **Weiterer Bericht** folgt in der morgigen Ausgabe.

Calwer Kreistag sendet starkes Signal an Bad Herrenalb

Alle Fraktionen tragen Resolution für den Verbleib / Bürgerbegehren am 23. Oktober ist nicht verbindlich

Von Volker Neuwald

Bad Herrenalb – Mit einer von allen Fraktionen getragenen Resolution hat sich der Kreistag des Landkreises Calw gestern für einen Verbleib der Kurstadt Bad Herrenalb im Calwer Verbund ausgesprochen. Landrat Helmut Riegger (CDU) wertete diese Abstimmung als starkes Signal an die Herrenalber, beim Bürgerbegehren am 23. Oktober gegen einen Wechsel in den Landkreis Karlsruhe zu votieren.

Neben den Vorbereitungen für die Landesgartenschau 2017 ist die im Wesentlichen von einer Bürgerinitiative vor-

angetriebene Debatte um einen Kreiswechsel das beherrschende Thema in diesem Jahr. Wie berichtet, rührt die Initiative „Sag Ja zum Landkreis Karlsruhe“ seit dem Frühjahr die Trommel. Anfang Juli hat die Gruppe 1.850 Unterschriften vorgelegt, um ein Bürgerbegehren zu initiieren. 1.596 davon waren gültig, das Quorum wäre bereits bei 440 Unterschriften erreicht gewesen. Deshalb kommt es jetzt zum Urnengang am übernächsten Sonntag.

Doch selbst wenn dort wider Erwarten eine überwältigende Mehrheit für den Abschied von Calw stimmen sollte, hätte dieses Votum keine Verbindlich-

keit. Ähnlich wie bereits bei der Diskussion um den Nationalpark Schwarzwald können Bürgerabstimmungen zwar ein Meinungsbild vermitteln, doch die Entscheidungen fallen im Landtag von Baden-Württemberg. Dies schrieb der CDU-Kreisrat und Landtagsabgeordnete Thomas Blenke gestern allen Aktivisten ins Stammbuch, die bereits die Kreisgrenzen neu malen. „Keine Gemeinde kann sich selbst aussuchen, zu welchem Kreis sie gehören möchte. Die Gliederung ist Landessache, und zwar wegen der vielfältigen Verflechtungen, die mit der kommunalen Selbstverwaltung

einhergehen.“ Blenke weiter: „Im grün-schwarzen Koalitionsvertrag steht der Satz: ‚Die Zuschnitte der Gemeinden und Landkreise werden wir unverändert lassen.‘“ Der Abgeordnete ist sicher: Auf Landesebene wird es keine Mehrheit für den Kreiswechsel geben.

Calw ist gefühlt weit weg von Bad Herrenalb, und andersherum empfindet man wohl genauso. Doch die Redner aller Fraktionen betonten die enge Zusammenarbeit der vergangenen Jahre. „Es kommt nicht so sehr auf den Kreis an, das ist eine Verwaltungsbehörde“, lautete eine Meinung. „Wichtig

ist, was die Gemeinde gestaltet.“ Auch Bürgermeister Norbert Mai (parteilos) stellte sich bedingungslos hinter die Resolution und warb für den Verbleib bei Calw. „Wir sollten gewachsene Strukturen und in Jahrzehnten aufgebaute Partnerschaft nicht von heute auf morgen über Bord werfen.“ Gartenschau und Stadtkernsaniierung seien nicht nur Erfolge der Gemeinde, sondern auch des Landkreises. Außerdem gebe es auch heute schon zahlreiche Verknüpfungen mit dem Landkreis Karlsruhe, zum Beispiel im Tourismus oder bei der Abwasserbeseitigung. Gleichwohl sieht man Ver-

besserungsbedarf in der Zusammenarbeit zwischen Kreis und Gemeinde, was etwa Service-Dienstleistungen wie die Kfz-Zulassung angeht. Mit einem „virtuellen Landratsamt“, quasi einer Außenstelle der Calwer Behörde in der Kurstadt, soll gegengesteuert werden, so das Versprechen. Die „Gegenseite“ kam auch zu Wort. Martin Knirsch, Sprecher der Initiative, legte ausführlich alle Argumente dar. Sie reichen von der Anbindung der Stadtwerke an Ettlingen über die bessere Erreichbarkeit von Krankenhäusern, Ämtern und beruflichen Schulen mit öffentlichen Verkehrsmitteln.